

Orientierungsstufe – Vorfeld der integrierten Gesamtschule?

Ziel der Orientierungsstufe ist es, aufbauend auf der im Primarbereich begonnenen gemeinsamen Grundbildung die Entscheidung über die Schullaufbahn der Schüler bis zum Ende der Klasse 6 offenzuhalten, um sie dadurch auf eine verlässlichere Grundlage zu stellen. Daher werden in der Orientierungsstufe angestrebt:

- Erprobung und Erfahrung der individuellen Lernmöglichkeiten des Schülers;
- Information über die Ziele und Anforderungen der weiterführenden Bildungswege und über die ihnen entsprechende Eignung des Schülers;
- Entscheidungshilfen für die Wahl des weiteren Bildungsweges;
- Ausgleich regional und sozial bedingter Bildungsunterschiede, soweit sie sich auf die Aufgaben der Orientierungsstufe auswirken.

Diese Zielsetzung ist Bestandteil der Vereinbarung der Kultusminister über die Orientierungsstufe (Klassen 5 und 6), beschlossen auf der Sitzung der Kultusministerkonferenz (KMK) vom 28. Januar 1978.

Diese Ziele sollen erreicht werden durch:

- ein gemeinsames grundlegendes Bildungsangebot, das alle Fächer/Fächergruppen des S I-Bereiches umfaßt;
- Fördermaßnahmen zum Beheben von Lernmängeln;
- differenzierte Anforderungen, die sowohl eine optimale individuelle Förderung hinsichtlich der Leistungsfähigkeit ermöglichen als auch eine Schwerpunktfindung des Schülers vorbereiten;
- Formen des Unterrichts, die die Selbständigkeit ebenso wie die Kooperationsfähigkeit des Schülers fördern;
- Beobachtung der Lernprozesse des Schülers;

- Beratung von Schülern und Erziehungsberechtigten;
- Ausbau des Instrumentariums für die Lenkung des Schülers in die für ihn jeweils geeigneten Bildungswege.

Mißbrauch durch die SPD

Die SPD mißbraucht diese von allen Kultusministern gemeinsam erarbeitete Grundlage zur Einführung der Orientierungsstufe als Schleichweg in die integrierte Gesamtschule.

Diese sozialistische Einheitsschule aber wird von der CDU abgelehnt, weil

- sie aus ideologischen Gründen das nach Begabungen differenzierte, gegliederte Schulsystem abschafft. Durch die Verschmelzung der Schulformen erhalten die Schüler kein eigenständiges, an der jeweiligen speziellen Begabung orientiertes Bildungsangebot;
- die Integration nicht jedem Schüler die bestmögliche individuelle Förderung zuteil werden läßt, sondern alle Schüler — ausgehend von der Theorie, daß Begabung machbar sei — gleich fördert. Einerseits werden die praktisch begabten Hauptschüler am Niveau des Gymnasiums gemessen, andererseits wird der Anspruch insgesamt gesenkt, um die Versagerquote in Grenzen zu halten;
- die integrierten Gesamtschulen organisatorisch zwangsläufig zu inhumanen Lernfabriken werden, die die seelische Verarmung der Kinder fördern, statt ihre Kontaktfähigkeit zu unterstützen und soziales Lernen zu ermöglichen.

Organisationsmöglichkeiten der Orientierungsstufe

Vielfältig sind die Wege, die entsprechend dem bisher schon existierenden schulischen Angebot zu diesem Ziel führen. So kann die Orientierungsstufe sowohl schulformunabhängig als auch schulformabhängig der Hauptschule, der Realschule und dem Gymnasium zugeordnet werden. In Berlin z. B. entsprechen ihr die letzten beiden Klassen der sechsjährigen Grundschule. Ist die Orientierungsstufe Schulformen zugeordnet, so kann mit Beginn der Klasse 5 eine vorläufige Lenkung der Schüler in eine der Schulformen erfolgen. Dazu kann ein Aufnahmeverfahren dienen, das auch den Willen der Erziehungsberechtigten berücksichtigt. Bei der Wahl der Schullaufbahn für den einzelnen Schüler kommt dem Gutachten der Grundschule — dies ist z. B. ein Punkt, den die CDU in Niedersachsen im SPD-Bildungserbe nicht vorfand und erst einführen mußte — und der Beratung in der Schule eine entscheidende Bedeutung zu. Unabhängig von der organisatorischen Zuordnung der Orientierungsstufe sind in ihr die Lernangebote für alle Schüler übereinstimmend gestaltet.

In der Orientierungsstufe erfolgt der Unterricht in der Regel noch im Klassenverband. Zur inneren Differenzierung kann die äußere Differenzierung hinzutreten. In jedem Fall muß ein Wechsel zwischen Leistungsgruppen bzw. Schulformen möglich bleiben. Dies bedeutete jedoch in der Vereinbarung nicht, daß die Schüler einem Dauerstreß ausgesetzt werden sollten, den eine ständige Hin- und Hergruppierung hervorrufen kann.

Die in der KMK festgeschriebene Erhaltung der Vielfalt des Bildungssystems und damit auch der unterschiedlichen Ausgestaltung der Orientierungsstufe entsprach auch dem besonderen Votum der unionsregierten Länder zu dem entsprechenden Passus des Bildungsgesamtplanes, den die Bund-Länder-Kommission 1973 vorgelegt hatte.

Der CDU geht es bei der Orientierungsstufe immer um zwei Dinge: um die optimale Förderung des Schülers und die Erhaltung bewährter Strukturen unseres von vielen europäischen Nachbarn als sehr leistungsfähig angesehenen Bildungssystems.

SPD-regierte Länder dagegen mißbrauchten die Einführung der Orientierungsstufe dazu, die organisatorische Systemveränderung im Schulwesen durch die Zerschlagung organisch gewachsener Bildungswege in Schulstufen voranzutreiben, wie z. B. durch die Abtrennung der Oberstufe von der Mittelstufe durch Schaffung von Oberstufenzentren.

So wird auch der Versuch unternommen, die Orientierungsstufe so zu zentrieren, daß ein harmonischer Übergang z. B. in die Hauptschule, die immerhin von der überwiegenden Zahl unserer jungen Mitbürger besucht wird, erheblich erschwert wird.

Die CDU lehnt mithin die Blockbildung, d. h. die totale Loslösung der Orientierungsstufe aus den sie umgebenden unteren und höheren Klassen mit der Folge, daß das Schulsystem sowohl in seinem Anfangs- wie Endbereich zerschlagen wird, entschieden ab.

SPD-Erbe in Niedersachsen

„Wir in Niedersachsen gestalten die Orientierungsstufe inwendig so um, daß mir die SPD vorwirft, ich führe das gegliederte Schulwesen wieder ein . . . Bei uns kann in der Regel auf der Orientierungsstufe kein vollständiges Sekundar-Stufe-I-Zentrum, also keine Koop-Schule aufbauen, bei uns kann das Gymnasium in seiner

organisatorischen und pädagogischen Einheit erhalten bleiben.“ (Werner Remmers, Kultusminister des Landes Niedersachsen, am 15. Dezember 1977.)

„In Nordrhein-Westfalen ist durch die Koop-Größe die Abtrennung der gymnasialen Oberstufe vorprogrammiert.“ In Niedersachsen wurde, bevor die restlichen 20 Prozent der Orientierungsstufe eingeführt wurden, „deren Größe aber wesentlich heruntergeschraubt“.

Bevor der niedersächsische Kultusminister der vollständigen Einführung der Orientierungsstufe zustimmte, änderte er an dem von der SPD geschaffenen Konzept Grundlegendes und verhalf damit den inhaltlichen Zielvorstellungen der CDU über die Orientierungsstufe zum Erfolg. Werner Remmers hat:

- die Rahmenrichtlinien für die Orientierungsstufe überarbeiten lassen;
- neue Differenzierungsmodelle entwickeln lassen, die eindeutig auf ein gegliedertes Schulwesen ausgerichtet sind;
- das Klassenlehrerprinzip verstärkt;
- die Hineinnahme der Grundschulgutachten bei der Kurseinstufung sichergestellt;
- die Verzahnung mit den anschließenden Laufbahnen Hauptschule, Realschule und Gymnasium verbessert;
- die häufigen Umstufungen während der Orientierungsstufe abgeschafft und statt dessen nur eine Kursumstufung während eines Schulhalbjahres erlaubt;
- die äußere Differenzierung des Unterrichts ausdrücklich auf Englisch und Mathematik begrenzt;
- zur Vermeidung des von der Orientierungsstufe ausgehenden Stresses — die Schüler stehen immerhin in einer für ihr ganzes Leben wegweisenden Entscheidungsphase — die Zahl der schriftlichen Lernkontrollen pro Schuljahr definitiv begrenzt.

Dies alles mit Duldung der FDP! Als Werner Remmers im Februar 1976 das Kultusministerium des Landes übernahm, war die Orientierungsstufe bereits an fast 65 % der Standorte in Niedersachsen eingeführt. Ganze Regierungsbezirke kannten und kennen ausnahmslos nur noch die Orientierungsstufe. Wenn man den Planungsverlauf hinzunimmt, waren es bereits über 70 %. Im ersten Jahr der Minderheitsregierung der CDU konnte sie ohnehin die weitere Einführung nicht verhindern, da die Schulträger auf der Basis des gültigen Gesetzes die Einführung der Orientierungsstufe beantragten.

Die Lage richtig einschätzend, führte deshalb Heinrich Köppler am 26. Oktober 1977 vor dem Landtag aus: „Die niedersächsische CDU hat bei der Regierungs-

übernahme die integrierte Orientierungsstufe vorgefunden — nicht zu ihrem Jubel, wie Sie unterstellen dürfen —, . . . die, im Unterschied zu außerordentlich lobenswerten Einstellungen von FDP-Politikern an der Saar, mit verbissener Hartnäckigkeit von der FDP in Niedersachsen vertreten worden ist. Dann hat Herr Remmers in einem umfangreichen Organisationserlaß versucht zu retten, was zu retten ist.“

Die CDU trat in Niedersachsen ein bildungspolitisch ideologisch gefärbtes Erbe an, da die Politik der SPD darauf hinauslief, die Vorschulklassen einzuführen, Grundschulen in der Regel zweizügig zu verwirklichen, Orientierungsstufen mindestens sechszügig einzurichten, das Gymnasium zwischen 10. und 11. Klasse auseinanderzuschneiden und das 10. allgemeinbildende Hauptschuljahr einzurichten. Die Inhalte von Schulbüchern und Rahmenrichtlinien bewegten sich auf hessischem Niveau.

Durch die Koalition konnte vereinbart werden, daß weder die Vorschulklasse eingeführt noch der Konzentrationsprozeß bei Schulen fortgesetzt wurde. Die pädagogische Einheit der Gymnasien wurde sichergestellt. Der Schwerpunkt von der Einführung des allgemeinbildenden 10. Hauptschuljahres konnte auf das Berufsgrundbildungsjahr verlagert werden. Es blieb die Orientierungsstufe, aber mit den o. g. grundlegenden Änderungen.

Die Orientierungsstufe der „Koop-Schule“ – Etappenziel auf dem Weg zur integrierten Gesamtschule

Auf ganz anderer Ebene bewegt sich die Einführung der Koop-Schule in Nordrhein-Westfalen und die damit verbundene schulformunabhängige Orientierungsstufe. In NW ist sie Vorstufe zur integrierten Gesamtschule.

Der pädagogische Weg der Kinder soll wechselnden kommunalpolitischen Mehrheiten ausgeliefert werden und so Sozialdemokraten die Möglichkeit geben, ihr erklärtes Ziel, die integrierte Einheitsschule, auf Raten einzuführen.

In der integrierten Orientierungsstufe gilt für die Kurse (Englisch, Mathematik) der gymnasiale Leistungsmaßstab. Im übrigen Unterricht gilt ein Einheitsmaßstab. Folge: Die einen werden überfordert, die anderen langweilen sich. Beides behindert die persönliche Entwicklung des Kindes:

In Nordrhein-Westfalen werden durch diese Form der integrierten Orientierungsstufe Streß und Unruhe, Überforderung der weniger Begabten und Vernachlässigung der besonders Begabten vorprogrammiert.

1 Versuch — 1 vernichtendes Ergebnis

Der einzige Versuch mit der schulformunabhängigen Orientierungsstufe in Bensberg bei Köln hat zu vernichtenden Ergebnissen geführt. Dies ging aus einem Erfahrungsbericht der Schulkollegien des Bensberger Schulzentrums hervor. Nach einem Bericht von „Die Welt“ 19./20. Februar 1977 begründen die Bensberger Lehrer ihre Meinung so:

„Das große Leistungsgefälle in der Orientierungsstufe erzeugte ungewöhnliche Schwierigkeiten. Gut und schwach Begabte blieben weitgehend benachteiligt. Der Lernfortschritt, vor allem der potentiellen Gymnasiasten wurde erheblich verlangsamt, Sozialisation fand nicht im erhofften Sinne statt. Das führte zur Resignation der potentiellen Hauptschüler, zur Entstehung ungewöhnlicher disziplinarischer Probleme wegen Unter- und Überforderung ganzer Schülergruppen. Verhaltensstörungen wurden in der Orientierungsstufe eher verstärkt als verringert. Die permanente Bewährungssituation hat bei mittleren Begabungen zu höherem Leistungsdruck als in schulformbezogenem System eines Kooperationsmodelles geführt.“

SPD-Ideologie verhindert echte Schulreform

In einem Interview überlegte Werner Remmers „Ich weiß nicht, ob ich — wäre ich 1969 Kultusminister geworden — mit der Orientierungsstufe angefangen hätte. Aber ich bin auch heute nicht der Auffassung, daß die Orientierungsstufe schlechterdings vom Teufel ist, sondern bin guten Mutes, daraus etwas Gutes machen zu können.“

Remmers gab zu bedenken, daß in Nordrhein-Westfalen die katholischen Bischöfe die Koop-Schule und mit ihr die schulformunabhängige Orientierungsstufe entschieden abgelehnt haben. „In Niedersachsen aber haben 1973 die katholischen Bischöfe mit dem Land Niedersachsen eine Ergänzung zum Konkordat vereinbart, in dem sie sich ausdrücklich haben zusichern lassen, daß sie an 18 Orten Orientierungsstufen mit darauf aufbauender Hauptschule, mit Realschulzügen in Kooperation mit bereits vorhandenen herkömmlichen privaten Gymnasien einrichten dürfen.“ Sie haben unterdessen überall auch davon Gebrauch gemacht.

Diese unterschiedliche Haltung kann nur an den unterschiedlichen, inhaltlichen Ausformungen der Orientierungsstufe liegen. So wie sie in NRW geplant ist, bremst sie — wie Heinrich Köppler dies Ende 1977 schrieb — „das Lernen der begabten Kinder und überfordert die Leistungsschwächeren. Die Lehrer müssen sich auf den Durchschnitt einstellen.“

In Nordrhein-Westfalen haben am Ende der Grundschule die Eltern kein Entscheidungsrecht über den weiteren Schulbesuch mehr, da dann der Eintopf Koop-Schule der SPD/FDP-Regierung weitergeht. In Niedersachsen aber — und in allen unionsregierten Ländern — ist das vielfältige schulische Angebot vorhanden, und CDU und FDP haben vereinbart, daß keine weiteren integrierten Gesamtschulen, auch nicht als Schulversuch, eingeführt werden sollen.

„Was der Schule in den hinter uns liegenden Jahren am meisten geschadet hat, ist die parteiische Politisierung und die Polarisierung der Auseinandersetzung und schließlich die ständige Konfrontation. Nichts sehnt die Mehrheit, die wirkliche Mehrheit der Eltern mehr herbei als eine Befriedigung der schulpolitischen Szenerie.“ Deswegen, so führte Werner Remmers aus, mußte er einfach den Versuch wagen, das in Niedersachsen fortzuführen, was bau- und schulpolitische Gegebenheit war.

Es ist verständlich, daß in so bildungspolitisch hart heimgesuchten Ländern wie Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen viele Wähler hoffen, daß alles umgestülpt und mit neuen Vorzeichen versehen wird, wenn eine neue Regierung kommt. Aber das Argument von Remmers sticht: „Ich sage meinen Wählern immer, wenn ihr meint, daß ich jetzt als CDU-Kultusminister rechte Lehrpläne mache, nachdem die Vorgänger linke gemacht haben, seid ihr nicht meine wirklichen Anhänger. Es geht nicht um euer oder unser Modell, es geht um das Wohl der Kinder und die Inhalte, die in der Schule vermittelt werden.“

Wenn es aber um die Inhalte geht, handelt es sich bei dem Versuch von SPD und FDP in NW, die Koop-Schule durchzusetzen, um den unverantwortlichen Alleingang eines Landes, der Chancengleichheit für die Landeskinder zur Folge hat und die bildungspolitische Einheit der deutschen Länder zerstört. Die Koop-Schule ist Etikettenschwindel: Parteipolitische Ziele ersetzen pädagogische Verantwortung.

Den Grundkonsens in einem Land sichert die Verfassung. Das Hearing, das am 16. März 1977 in NW zur Koop-Schule durchgeführt wurde, zeigte eindeutig, daß die Koop-Schule mit der Verfassung von Nordrhein-Westfalen nicht zu vereinbaren ist:

■ Diese verlangt in Artikel 10 Abs. 1 eine Gliederung des Schulwesens. Das bedeutet, daß nach unterschiedlichen Bildungsgängen unterschiedliche Abschlüsse vorgesehen sein müssen. Eine einheitliche Sekundarstufe I mit nur einem Abschluß ließe sich mit der Verfassung nicht in Einklang bringen. Das gebietet auch das Elternrecht gem. Artikel 8 Abs. 1 Landesverfassung, wonach ein gegliedertes Schulwesen den Eltern zu ihrer Entscheidung angeboten werden muß.

■ Diese gewährleistet in den Artikeln 8 Abs. 2, 9 und 12 Abs. 1 verfassungsrechtlich den Bestand der Hauptschule im unmittelbaren Anschluß an die Grundschule. Die schulformunabhängige Orientierungsstufe, wie sie das Koop-Modell vorsieht, ist somit in NW verfassungswidrig.

■ Diese enthält in Artikel 12 Abs. 4 eine potentielle Gewährleistung der Bekenntnishauptschule. Durch das Koop-Gesetz wird dieses Verfassungsrecht nicht berücksichtigt; bestehende Bekenntnishauptschulen können nicht in kooperative Schulen eingegliedert werden.

Der eigentlich Leidtragende bei Einführung der Koop-Schule ist die Hauptschule. Die vorwiegend praktische Begabung ihrer Schüler kann sich im ständigen Vergleich mit Realschule und Gymnasium nicht entfalten. Die praktisch begabten Kinder kommen nicht zu Erfolgserlebnissen und verkümmern in ihrem Leistungsvermögen.

Und das bewirken diejenigen, die die Hauptschule durch Gesetz geschaffen, dann aber sträflich vernachlässigt haben. Die Vernachlässigung der Hauptschulen ist das schwerste bildungspolitische Vergehen, das in NW der SPD/FDP-Regierung besonders durch die Einführung der Koop-Schule anzulasten ist.

Heinrich Köppler führte dazu u. a. am 26. Oktober 1977 im NRW-Landtag aus:

„Alle Anträge der CDU in den letzten Jahren, die wir zur Verbesserung der Situation der Hauptschule gestellt haben, um das Versprechen, das seinerzeit bei der Schulreform in diesem Lande den Eltern gegeben wurde, aus der Hauptschule eine gleichwertige weiterführende Schule zu machen, einzuhalten, alle diese Anträge haben Sie mit Ihrer Abstimmungsguillotine niedergestimmt. Und so müssen Sie sich heute sagen lassen, daß Sie die Verantwortung dafür tragen, daß sich die meisten arbeitslosen Jugendlichen aus schulmüden Hauptschülern rekrutieren, denen man eine ihnen gemäße Ausbildung vorenthalten hat.

Und so wie Sie die Hauptschüler verraten haben, um Ihrem Ziel der Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule näherzukommen — denn eine gesunde Hauptschule würde erst recht diese Einheitsschule erübrigen —, so haben Sie auch bei den Verhandlungen in Bonn zur Stufenlehrerbesoldung die Hauptschullehrer verraten . . .“